

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 14. Juni 2022 / Mardi après-midi, 14 juin 2022

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

**96 2022.RRGR.28 Motion 015-2022 Die Mitte (Gerber, Schüpffen)
Erlass der Handänderungssteuer bei Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine**

**96 2022.RRGR.28 Motion 015-2022 Le centre (Gerber, Schüpffen)
Exonération de l'impôt sur les mutations en cas d'accueil de personnes fuyant l'Ukraine**

Präsident. Dies ist eine Motion. Der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat.

Peter Gerber, Schüpffen (Die Mitte), Motionär, Fraktionssprecher. Das ist ein Fraktionsvorstoss, deshalb rede ich gleich für die Fraktion.

Der Krieg in der Ukraine bereitet viel Leid. Er hat in den letzten Wochen zu einer vorgesehenen Welle von Flüchtenden in unser Land wie aber auch zu einer bisher nie dagewesenen Solidarität der Bevölkerung in der Schweiz zugunsten der Menschen aus der Ukraine geführt. In solch einer prekären Situationen gilt es insbesondere für die politischen Behörden, rasch und unbürokratisch zu handeln. Aus diesem Grund haben wir diesen Vorstoss frühzeitig und dringlich eingegeben. An dieser Stelle danke ich für die Gewährung der Dringlichkeit. Die Antwort des Regierungsrates war aber zu erwarten. Er versteckt sich hinter juristischen Floskeln, versucht den Ball flach zu halten. Mit dem Antrag, den Vorstoss als Postulat zu überweisen, löst das eigentlich ein Dilemma aus. Einerseits darf er aus politischer Sicht den Vorstoss nicht ablehnen. Andererseits möchte er vom Inhalt der Forderung nicht viel wissen.

Die Mitte-Fraktion hat ein gewisses Verständnis für den vom Regierungsrat geäusserten Punkt betreffend Vorbehalte der Gleichberechtigung, Stichwort Ukraine. Jedoch sind wir dezidiert der Ansicht, dass nur diese Überweisung der Motion das Weiterverfolgen der von uns geforderten Änderungen vorantreibt. Auch im Rahmen der Gesetzesänderung kann auf einzelne differenzierte Punkte eingegangen werden. Daher halten wir an der Motion fest.

Zu Punkt 2: Er betrifft die rasche und unkomplizierte Umsetzung unseres Anliegens. Der Regierungsrat macht darauf aufmerksam, dass vorliegend keine Praxis zur Befreiung von der Handänderungssteuer im Sinne der Motion besteht. Wir entgegnen, dass wir in den letzten Jahrzehnten auch nie mehr eine solche Flüchtlings- und Solidaritätswelle im Kanton Bern erlebt haben. Auch macht der Regierungsrat zwischen den Zeilen darauf aufmerksam, dass er keinen Einfluss auf die Praxis der Grundbuchänderungen hat. Das ist falsch. Der Regierungsrat hat sehr wohl in der Vergangenheit bewiesen, dass er diese Handänderungssteuerpraxis sehr stark beeinflussen kann. So setzte er unmittelbar nach der Annahme der Motion 237-2018, «Wiederherstellung der vom Grossen Rat gewollten Praxis bei der Handänderungssteuer», durch den Grossen Rat die entsprechende Anwendung der Forderung durch die Grundbuchämter rasch durch.

Schon fast zynisch erscheint uns der Vergleich des Regierungsrates von ukrainischen Flüchtlingen mit Hausangestellten oder Au-pairs. Ebenfalls wird der Hinweis des Regierungsrates auf allfällige wirtschaftliche Vorteile der Grundeigentümer bei der Aufnahme von Flüchtlingen der aktuell tragischen Situation nicht gerecht und setzt ein fragwürdiges Zeichen hinter die humanitären Absichten des Regierungsrates.

Ich komme zur Schlussfolgerung: Der Regierungsrat will offensichtlich nichts von einer humanitären Praxis im Handänderungssteuerrecht wissen. Das mag aus fiskalpolitischer Sicht verständlich sein. Politisch ist es jedoch ein fatales Zeichen. Der Kanton Bern zeigt mit der Haltung des Regierungsrates einmal mehr seine Trägheit in der Aktion auf – Verhältnisse und sprichwörtlich bürokratische

Sturheit. Wenigstens in tragischen Situationen erachtet es die Mitte-Fraktion als zwingend angebracht, hier ein Zeichen zu setzen, und jetzt freue ich mich auf den Austausch. Merci vielmal.

Präsident. Ich habe noch schnell eine Frage: Hast du eine punktweise Abstimmung verlangt? (*Grossrat Gerber verneint dies. / Le député Gerber répond par la négative.*)

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU), Fraktionssprecher. Die EDU-Fraktion kann dieses Anliegen von Die Mitte gut nachvollziehen und ist inhaltlich grundsätzlich einverstanden. Aber wir fragen uns schon, ob es richtig und wirklich notwendig ist, wegen eines hoffentlich einmaligen Ereignisses eine Gesetzesänderung an die Hand zu nehmen. Wir haben uns auch gefragt, wie viele Fälle es tatsächlich gibt, die davon betroffen sind, und ob es sich hier wirklich lohnt, eine Änderung des Gesetzes in Angriff zu nehmen.

Bis wir damit fertig sind, besteht hoffentlich dieses Problem nicht mehr. Wir hoffen, dass bis dann die ukrainischen Leute bereits wieder in ihre Heimat zurückkehren konnten. Es stellt sich auch die Frage der Gleichbehandlung, die der Regierungsrat in der Antwort aufwirft, die man genau anschauen müsste. Wir denken, dass dieses Anliegen vertieft geprüft werden müsste und würden daher nur einem Postulat zustimmen. Eine Motion würden wir ablehnen und hoffen eigentlich, dass dafür eine pragmatische Lösung ohne Gesetzesanpassung möglich wäre.

Präsident. Die Mitglieder des Ausschusses Prüfaufträge Parlamentsrecht (PrüfPar) sollen nachher schnell in die Wandelhalle kommen. Jetzt gehen wir in die Pause und fahren dann um 17 Uhr weiter.

Die Sitzung endet um 16.30 Uhr. / La séance se termine à 16 heures 30.

Protokoll: / Procès-verbal :

Stefan Ragaz (d)

Ursula Ruch (f)